

Zusammenfassung OBS-Arbeitspapier 39

Wie berichten Medien in West- und Osteuropa über Migration und Flucht?

Analyse in 17 Ländern findet blinde Flecken, nationale Alleingänge – und Meinungsvielfalt

Auch knapp fünf Jahre nach dem Beginn der „Flüchtlingskrise“ 2015 spaltet der Streit über den Umgang mit Migranten und Flüchtlingen die Europäische Union – und er verändert die politische Landschaft der EU-Länder, wie der Aufstieg populistischer Parteien vielerorts, und nicht zuletzt der nahende „Brexit“, zeigen. Eine von der Otto Brenner Stiftung geförderte Studie des European Journalism Observatory untersucht nun erstmals ländervergleichend, welche Rolle die Medien in der Migrationsdebatte spielen. Fazit der Analyse: Quantität und Qualität der Berichterstattung klaffen weit auseinander – nicht nur zwischen West- und Osteuropa.

Das European Journalism Observatory (EJO) ist ein Netzwerk von 12 Journalismus-Instituten an Universitäten in Europa und wurde für seine Arbeit 2019 mit dem Günther-Wallraff-Preis für Journalismus-Kritik ausgezeichnet. Es ist am Erich-Brost-Institut für internationalen Journalismus der TU Dortmund angesiedelt. In der EJO-Studie wird erstmals die Berichterstattung über Migration und Flucht in 17 Ländern vergleichend untersucht. In die Analyse eingegangen sind 2.417 Artikel aus sechs exemplarischen Untersuchungswochen zwischen August 2015 und März 2018.

Aus deutscher Sicht besonders interessant: Die Perspektive der deutschen Medien unterscheidet sich fundamental von der der anderen Medien in Europa. Nach den Daten des UN-Flüchtlingshilfswerks UNHCR ist Deutschland heute eines der fünf weltweit wichtigsten Aufnahmeländer – neben Uganda, Pakistan, der Türkei und dem Sudan. Diese Ausnahmesituation spiegelt sich auch medial wider: In keinem anderen Land in der EU wird so intensiv über Migration und Flucht berichtet wie Deutschland. In den sechs ausgewählten Untersuchungswochen veröffentlichten die beiden untersuchten deutschen Medien – die Süddeutsche Zeitung und die Frankfurter Allgemeine Zeitung – zusammen mehr als 1.000 Beiträge. Zum Vergleich: In den anderen Ländern Europas wurden im gleichen Zeitraum meist kaum mehr als 100 Artikel publiziert. Ausnahme ist Ungarn, dessen Ministerpräsident Viktor Orban sich in der Kontroverse um den Umgang mit Flüchtlingen als Gegenspieler von Angela Merkel profiliert hat - die ungarischen Medien publizierten sogar über 1.500 Artikel zum Thema Migration und

Flucht. Die Sonderrolle Deutschlands zeigt sich auch im Ländervergleich: Keine andere Regierung ist international so präsent in der Berichterstattung wie die deutsche, Merkel erscheint um ein Vielfaches öfter als Orban oder Donald Trump.

Die Studie zeigt auf, wie unterschiedlich innerhalb Europas berichtet wird. Für Deutschland – ebenso wie für Italien und Griechenland – spielt sich Migration und Flucht *ins eigene* und *im eigenen* Land ab. Im Gegensatz dazu sind dies in den anderen EU-Staaten Auslandsthemen: Es geht um Ereignisse fernab von zu Hause, jenseits der eigenen Grenzen. Auch das mag erklären, warum Deutschland mit seinem Bestreben nach einer „europäischen Lösung“ der Asylfragen weitgehend isoliert dasteht. Die französischen, britischen und ungarischen Medien betonen immerhin die internationale Verhandlungsebene in ihren Berichten. Teils geht es sogar um unterschiedliche Gruppen von Migranten: In Italien, sowie auch in Frankreich, stehen Zuwanderer aus Afrika im Vordergrund. Zuwanderer aus dem Mittleren Osten sind hingegen im Fokus der Medien aus den anderen europäischen Ländern – und finden beispielsweise in der italienischen La Stampa kein einziges Mal Erwähnung. Auch die Akzente der Berichterstattung unterscheiden sich maßgeblich. Die untersuchten Medien in Osteuropa rücken Probleme mit Migranten und Flüchtlingen sowie Proteste in den Vordergrund. In den Medien in Westeuropa überwiegen hingegen Berichte über die Situation der Migranten und Flüchtlinge sowie über Hilfsbemühungen. Hier hat Deutschland erneut eine Sonderrolle: Kein anderes Untersuchungsland berichtet so intensiv über das Thema „Unterstützung für Migranten und Flüchtlinge“. So sind 35 Prozent aller in den Artikeln der Süddeutschen Zeitung zitierten Akteure Bürger und Institutionen, die Hilfestellung für Migranten und Flüchtlinge leisten. Allgemein kamen in den westeuropäischen Medien deutlich mehr Akteure zu Wort, die eine positive Haltung gegenüber Migration und Flucht einnehmen. Ähnliche Cluster finden sich, wenn man die – eher positive - Berichterstattung der linksliberalen Medien mit der Berichterstattung der konservativen Medien vergleicht, die tendenziell negativer ausfällt.

Ein weiteres Schlüsselergebnis der Studie lautet: Die Medien blenden Herkunft und Kontext der Migranten und Flüchtlinge weitgehend aus. Nur 4 Prozent der untersuchten Artikel befassen sich mit den Hintergründen für Migration und Flucht, die Berichterstattung wird mit 45 Prozent von politischen Debatten dominiert. Nur ein Drittel der Artikel identifiziert klar Flüchtlinge – die unter dem Schutz internationaler Konventionen stehen – beziehungsweise Migranten, mit unterschiedlichen Motiven. Dagegen ist in zwei Dritteln der untersuchten Artikel der Status nicht klar erkennbar, oder die

Begrifflichkeiten „Flüchtling“ und „Migrant“ werden vermischt. Das mag ganz unterschiedliche Gründe haben — beispielsweise Zeit- bzw. Platzgründe oder auch Unkenntnis aufseiten der Journalisten —, festzuhalten bleibt jedoch, dass die Berichterstattung wenig Aufschluss über den Kontext der Migranten und Flüchtlinge bietet. Von den 2.417 untersuchten Artikeln nennen nur 778 das Herkunftsland – in 293 Fällen war das Syrien. Weit abgeschlagen danach folgt „Afrika“ mit 64 Nennungen, vor Myanmar (30), Albanien und Ukraine (je 18) und Afghanistan (15). Dem Publikum dürfte es schwerfallen, sich auf dieser Grundlage eine informierte eigene Meinung zu bilden. Unsere Studie zeigt aber auch, dass die Verwendung der Begriffe „Flüchtling“ und „Migrant“ im Zeitverlauf differenzierter wird, und bestätigt damit auch international eine entsprechende These von Michael Haller (2019).

Weitgehend als Statisten der Migrationsberichterstattung erscheinen die Betroffenen selbst. Nur in einem Viertel der Berichte finden sie überhaupt Erwähnung, in 18 Prozent lediglich als große und anonyme Gruppe. Als Individuen (oder Familien) erkennbar sind die Migranten und Flüchtlinge in nur 8 Prozent der Berichte – während Bürger und zivilgesellschaftliche Akteure in den Aufnahmeländern im Schnitt einen Anteil von 18 Prozent haben. Und eine nochmals geringe Zahl von Migranten und Flüchtlingen wird in den Artikeln direkt oder indirekt zitiert. Zudem haben wir — entgegen der weit verbreiteten Einschätzung, dass die Medien hauptsächlich Frauen und Kinder als Migranten darstellen — im Vergleich zur Asyl- sowie zur Migrationsstatistik eine Überrepräsentation von männlichen Flüchtlingen (und Kindern) in der Berichterstattung ausgemacht.

Anders machen es Medien in den USA, die als Vergleichsland (mit Blick auf Immigration aus Mexiko und Lateinamerika) ebenfalls Teil der Untersuchung waren: Hier werden in 65 Prozent der Artikel Migranten und Flüchtlinge zitiert. Ein ähnliches Bestreben um eine Beteiligung der Betroffenen in der Berichterstattung findet sich ansonsten nur in Spanien. Während sich die Washington Post auf Migration und Flucht auf dem eigenen Kontinent konzentriert, hat die New York Times im Untersuchungszeitraum die Ereignisse in Europa in den Mittelpunkt gestellt. Der eher positive Tenor beider Zeitungen steht im Kontrast zur Migrationspolitik unter US-Präsident Trump.

Schließlich zeigt die Studie, dass stereotype Annahmen über Debatten in anderen Ländern fehl am Platz sind. Selbst in Ungarn ist die Berichterstattung beileibe nicht gleichförmig. Auf der einen Seite steht zwar die Berichterstattung der Orban-treuen Magyar Hirlap, die in allen sechs Untersuchungswochen

nicht einen einzigen Migranten oder Flüchtling zu Wort kommen lässt. Doch das unabhängige Portal index.hu hat ein deutlich anderes Profil, und gibt der Situation der Migranten und Flüchtlingen weitaus mehr Raum als der Darstellung von Problemen. Ferner haben wir für jedes Land verglichen, wie hoch der Anteil an Sprechern mit positiver versus negativer Haltung zu Migration und Flucht ist. Im Ergebnis zeigt sich, dass die beiden pro Land untersuchten Medien in fast allen Fällen ein unterschiedliches Profil aufweisen. Im Klartext: Die nationalen Medien berichten nicht uniform, sondern bilden (im Vergleich miteinander) eine Palette von Meinungen ab. Das gilt ein Stück weit selbst für Russland, das ebenfalls als Vergleichsland in die Studie einbezogen war: Auch hier präsentiert der liberalere Komersant ein ausgewogeneres Bild von Migration und Flucht als die Kreml-treue Rossiskaya Gazeta.

Für die Medien in Russland wie auch in Polen waren zudem – von den „westlichen“ Medien im Untersuchungszeitraum wenig beachtet – Migration und Flucht aus der Ukraine ein relevantes Thema. Seit 2014 sind, Schätzungen internationaler Organisationen zufolge, mehr als 2 Millionen Menschen vor den bewaffneten Konflikten nach Russland und Polen geflohen. Im Gegensatz zu den Aufnahmeländern wurde das innenpolitisch hoch sensible Thema – auch zu unserer Überraschung – im Herkunftsland Ukraine jedoch regelrecht „totgeschwiegen“.

Susanne Fengler/Marcus Kreutler: „Stumme Migranten, laute Politik, gespaltene Medien. Die Berichterstattung über Flucht und Migration in 17 Ländern“, OBS-Arbeitspapier 39, Frankfurt am Main, Januar 2020



Arbeitspapier online lesen oder downloaden:

<https://www.otto-brenner-stiftung.de>

Kontakt:

Otto Brenner Stiftung
Geschäftsführung
Jupp Legrand
Telefon: 069 - 6693 2810
E-Mail: info@otto-brenner-stiftung.de
www.otto-brenner-stiftung.de

Autorin:

Prof. Dr. Susanne Fengler
Erich-Brost-Institut für internationalen
Journalismus
Telefon: 0231 - 755 4152
Mobil: 0179 - 203 931 4
E-Mail: susanne.fengler@tu-dortmund.de